

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

24. Sitzung
am Mittwoch, dem 20. August 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)
Dr. Jürgen Hinz (SPD)
Klaus-Dieter Müller (SPD)
Jürgen Weber (SPD)

Vorsitzender

in Vertretung von Helmut Plüschau

Ulrike Rodust (SPD)
Bernd Schröder (SPD)
Klaus Haller (CDU)
Silke Hars (CDU)
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Ingrid Franzen (SPD)
Anke Spoorendonk (SSW)

Tagesordnung:	Seite
1. Fortführung und Weiterentwicklung des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein Antrag der Abgeordneten des SSWD Drucksache 14/655	9
2. Bericht des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr über die Ergebnisse der Verkehrsministerkonferenz am 10./11. Juni 1997 - Bedarfsplan Schienenwegeausbaugesetz (Finanzmittel für Nahverkehrsinvestitionen)	5
3. Bericht des MWTV zum Bündnis für Ausbildung Ö97 - Ergebnisse der Regionalkonferenzen	11
4. Jahreswirtschaftsbericht 1996 Bericht der Landesregierung Drucksache 14/555	12
5.19. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Drucksache 14/600	14
6. Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG) Bericht der Landesregierung Drucksache 14/776	15
7. Verlegung der Autoverladeanlage von Niebüll nach Klanxbüll	16
8. Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/562	17
9. Bericht über technische Consulting-Leistungen von im öffentlichen Besitz befindlichen Unternehmen privaten und öffentlichen Rechts Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/789	18
10. Änderung der Landesverordnung über das Naturschutzgebiet "Elbinsel Pagensand" Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/814	19

11. Verschiedenes

20

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Ausschuß behandelt zunächst Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr über die Ergebnisse der Verkehrsministerkonferenz am 10./11. Juni 1997 - Bedarfsplan Schienenwegeausbaugesetz (Finanzmittel für Nahverkehrsinvestitionen)

M Steinbrück führt einleitend aus, das Bundesverkehrsministerium habe auf der letzten Verkehrsministerkonferenz berichtet, daß man derzeit keine Notwendigkeit sehe, den Bedarfsplan "Schiene" zu überarbeiten. Das Maßnahmenvolumen sei insgesamt noch sehr groß und bedürfe noch eines längeren Realisierungszeitraumes, so daß ein neuer Bedarfsplan für den Schienenausbau nicht pressiere. Die Begründung, die dahinterstecke, halte er, M Steinbrück, für stichhaltig.

Er weist darauf hin, daß die SPNV-Vorhaben, die Schleswig-Holstein berührten, nicht Gegenstand dieses Bedarfsplanes seien, sondern Gegenstand des darunter gezonten Fünf-Jahres-Planes "Schiene" 1998 bis 2002.

Insgesamt stelle sich die Lage so dar, daß der Bund seine Schieneninvestitionen zurückfahren mußte, und zwar von 10,2 Milliarden DM auf 7,2 Milliarden DM. Unter Hinzuziehung der unmittelbaren Investitionen der DB AG komme man insgesamt auf 9 Milliarden DM.

Der Bund werde im Jahre 2001 einen neuen Bundesverkehrswegeplan als integriertes Konzept vorlegen.

Zum Fünf-Jahres-Plan "Schiene", wie er jetzt vorgelegt worden sei, und zwar für die Jahre 1998 bis 2002 sei der Bund seiner Zusage, die Länder rechtzeitig einzubinden, nicht nachgekommen. Die Bedarfsplanprojekte im Interesse Schleswig-Holsteins, die darin enthalten seien, umfaßten: Ausbaustrecke Lübeck - Bad Kleinen, ABS Hamburg - Büchen - Berlin, ABS Hamburg-Harburg - Hamburg-Rothenburgsort, ABS Pinneberg - Elmshorn und die ABS Hamburg-Rothenburgsort - Hamburg-Eidelstedt sowie SPNV-Vorhaben summarisch für alle Bundesländer.

Nicht enthalten sei die Gesamtmaßnahme Pinneberg - Elmshorn entgegen bisherigen Zusagen und bisherigen Planungen. Erreicht werden konnte lediglich in sehr mühsamen Verhandlungen, den Ansatz von 18 Millionen DM auf 45 Millionen DM aufzustocken, um die Dreigleisigkeit

einschließlich Lärmschutzmaßnahmen im Bahnhof Elmshorn realisieren zu können. Aber erst in einer weiteren Stufe - im nächsten Fünf-Jahres-Plan nach 2002 - solle der dreigleisige Ausbau zwischen Elmshorn und Pinneberg selbst erfolgen.

Diese Entwicklung habe in Schleswig-Holstein zu Unmut geführt, denn die bisherigen Festlegungen mit dem Vorstand der DB AG wie auch die bisherigen Perspektiven in dem alten Drei-Jahres-Plan lauteten anders, so daß das Land habe erwarten können, daß die Gesamtmaßnahme in der Gesamtfinanzierung eines höheren dreistelligen Millionenbetrages in dem nun gültigen Fünf-Jahres-Plan 1998 bis 2002 enthalten wäre.

Ebenfalls nicht enthalten sei die Elektrifizierung der Strecke Itzehoe - Westerland/Sylt. Es gebe hierzu einen Brief des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, der besage, daß die Fortführung der Elektrifizierung über den Abschnitt Elmshorn - Itzehoe hinaus ja unter Einsatz von Investitionsmitteln im Rahmen des SPNV möglich sei. - M Steinbrück betont an dieser Stelle, daß er dieses Schwarzer-Peter-Spiel nicht mitmachen werde.

Das dritte Projekt, das in dem Fünf-Jahres-Plan nicht enthalten sei, sei die Ausbaustrecke Hamburg - Lübeck - Puttgarden und weiter nach Kopenhagen. Der Bund mache die Realisierung dieser Maßnahme von den Ergebnissen der facility studies zur Fehmarn-Belt-Querung abhängig. Dafür spreche einiges, und das werde von ihm, M Steinbrück, auch nicht kritisiert. Die Ergebnisse dieser Studien sollten jedoch nicht vor Mitte bis Ende 1998 vorliegen. Die DB AG versuche erfreulicherweise, Hamburg - Puttgarden über Neigezugtechnik zu erschließen, so daß man dann von Hamburg aus Kopenhagen in vier Stunden erreichen könne.

M Steinbrück fügt hinzu, daß die Landesregierung die Elektrifizierung der Teilstrecke Hamburg - Lübeck ganz unabhängig von der Vogelfluglinie nicht nur für erforderlich, sondern für lohnend halte - auch unter SPNV-Gesichtspunkten -, um so einen Ringverkehr Kiel - Neumünster - Hamburg und Lübeck - Kiel zu realisieren. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu diesem Projekt seien inzwischen fast abgeschlossen, und er, M Steinbrück, könne hinzufügen, daß die Ergebnisse sehr positiv seien. Unter dem Strich bleibe, daß das Land für eine solche Elektrifizierung einen Baukostenzuschuß zahlen werden müsse. Er bittet darum, diesbezüglich die Verhandlungsposition des Landes im Verhältnis zur DB AG nicht durch öffentliche Stellungnahmen zu schwächen. Er, M Steinbrück, werde mit der DB AG im November in die Verhandlungen darüber einsteigen.

M Steinbrück geht sodann auf den 20 %-SPNV-Investitionsanteil nach § 8 Abs. 2 Bundesschienenwegeausbaugesetz ein. Man könne sich sicherlich allseits noch daran erinnern,

daß die Zustimmung der Länder zur Grundgesetzänderung und Bahnstrukturreform konstitutiv davon geprägt gewesen sei, daß dieser 20 %-Anteil der Investitionsausgaben des Bundes direkt dem SPNV zufließen würde. Von dieser Position rücke der Bund sukzessive ab. Er wende einen Trick an und sage, daß sowohl die Ersatzinvestitionen in das Bestandsnetz als auch der Ausbau und Neubau von Strecken teilweise dem Nahverkehr zugute kämen und deshalb auf die 20 %-Quote angerechnet werden müßten. Bei dieser Vorgehensweise verblieben lediglich 5 % der jährlichen Schieneninvestitionen für reine SPNV-Maßnahmen.

M Steinbrück stellt noch einmal klar, als "Übergangslösung" für den ersten Drei-Jahres-Plan "Schiene" 1995 bis 1997 hätten die Länder einem Pauschalansatz von 1,5 Milliarden DM zugestimmt, und jetzt mache der Bund das gleich Spiel noch einmal, indem er für den Fünf-Jahres-Plan 1998 bis 2002 wiederum diese Übergangslösung zugrunde gelegt und pauschal 1,8 Milliarden DM für reine SPNV-Maßnahmen veranschlagt habe. Unter Zugrundelegung gewisser Buchungstricks komme man dann auf den 20 %-SPNV-Investitionsanteil. Dem hätten die Länder massiv widersprochen, ohne dem Bundesverkehrsminister jedoch mehr Geld abverlangen zu können. Die DB AB habe Mittel dazugelegt, so daß jetzt 2,1 Milliarden DM im Fünf-Jahres-Plan vorgesehen seien. Aber dieses Resultat sei weit entfernt von der Position der Länder und ihrem Anteil, den sie erwartet hätten.

Diese Entwicklung bedeute, daß damit der auf Schleswig-Holstein entfallende Anteil selbstredend deutlich sinken werde und man erhebliche Mühe haben werde, alle die Projekte, die man für lohnend halte, zu realisieren. Bei 3,14 % des Pauschalansatzes in Höhe von 2,1 Milliarden DM werde das Land Schleswig-Holstein nur rund 66 Millionen DM im Zeitraum 1998 bis 2002 aus diesem Topf zur Verfügung haben - im Gegensatz zu ursprünglich 220 Millionen DM auf der Basis des 20 %-Anteils.

In der folgenden Aussprache spricht Abg. Schmitz-Hübsch vor allem die Dringlichkeit der Beseitigung des Engpasses Pinneberg - Elmshorn an und fragt, ob es Möglichkeiten gebe, im Wege von Umschichtungen den Ausbau dieser Strecke möglichst schnell zu realisieren. - MDgt Dr. Eggers weist darauf hin, daß das Gesamtvolumen für diese Maßnahme nach dem Drei-Jahres-Plan mit 389 Millionen DM angegebenen gewesen sei. Ziehe man jetzt die im Fünf-Jahres-Plan vorgesehenen 45 Millionen DM von diesem Gesamtbetrag ab, verblieben immer noch rund 350 Millionen DM, so daß allenfalls eine Möglichkeit zur Umschichtung innerhalb des Fünf-Jahres-Planes zu Lasten anderer Maßnahmen des Schienenfernverkehrs gesehen werden könne. - Sodann betont M Steinbrück - ebenfalls auf eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch -, daß die DB AG nach wie vor sehr an dem Ausbau der Strecke Itzehoe -

Westerland/Sylt interessiert sei. Gegenteilige Erkenntnisse - auch wenn ein entsprechendes Gerücht alle paar Monate auftauche - gebe es nicht.

Anschließend stehen die Bedeutung des Ausbaus der Strecke Hamburg - Lübeck, der Beseitigung des Knotenpunktes Hamburg aus dänischer und schwedischer Interessenlage sowie die Frage der Möglichkeit der Finanzierung des Ausbaus von Strecken aus Mitteln der EU im Vordergrund der Diskussion. - M Steinbrück betont dabei, daß die Kommission nicht einen einzigen Ecu für Investitionen in den Ausbau der transeuropäischen Netze eingesetzt habe. Wenn überhaupt Mittel flössen, dann für Studien, Untersuchungen, Planungen. Auf der Ebene der EU-Kommission bestehe längst Einigkeit dahin, daß die Realisierung der transeuropäischen Netze, bei denen es um sehr hohe Milliardenbeträge gehe, nur über die nationalen Budgets finanziert werden könne.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Fortführung und Weiterentwicklung des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSWDrucksache 14/655 hierzu: Umdrucke 14/780, 14/806, 14/961, 14/986 und 14/1118
(überwiesen am 23. April 1997)

Nach kurzer Aussprache beschließt der Ausschuß einstimmig - bis auf den zweiten Unterpunkt in der Nummer 2 (dies mit Mehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei zwei Gegenstimmen aus der CDU und drei Enthaltungen aus der F.D.P. und der CDU) -, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

"Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein längerfristig mit einem angemessenen Mittelzufluß weiterzuführen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, das Förderkonzept des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume im Rahmen der vorgesehenen Überprüfung des Programms **weiterzuentwickeln und dabei die nachfolgenden Aspekte zu berücksichtigen:**
 - Die Ergebnisse des Evaluierungsgutachtens zum Regionalprogramm vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sind einzubeziehen.
 - **Bei der Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur sind Kriterien der Nachhaltigkeit sicherzustellen. Das Leitbild "integrierte Wohn- und Gewerbegebiete" löst dabei das Leitbild "strikte Trennung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit" ab.**
 - Indirekte Maßnahmen zur Verbesserung der betroffenen Wirtschaftsstandorte - wie **die Förderung und Koordinierung von Kommunikationsstrukturen in der Region, die Förderung des Fremdenverkehrs und kulturelle Projekte** - sind bei der Vergabe von Fördermitteln verstärkt zu berücksichtigen, **wenn** sie die wirtschaftliche Attraktivität der strukturschwachen Gebiete nachhaltig erhöhen und somit maßgeblich zur Standortverbesserung dieser Regionen beitragen können. **Regionalen Leitprojekten mit besonderer Strukturwirksamkeit wird ein Fördervorrang eingeräumt. Dabei erhält die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für Frauen eine entsprechende Bedeutung.**
 - Die Ausarbeitung von Regionalen Entwicklungskonzepten (REK) für die strukturschwachen ländlichen Räume ist auch zukünftig im Rahmen des Regionalprogramms zu fördern und in Einklang mit der übrigen Landesplanung zu bringen.
 - **Die bewährte regionale Partizipation durch die Beiräte wird weitergeführt.**

3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Regionalisierung der Strukturpolitik zu forcieren. Dabei sind die regionalen Wirtschaftsentwicklungsgesellschaften vor Ort aktiv einzubeziehen."

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des MWTV zum Bündnis für Ausbildung Ö97
- Ergebnisse der Regionalkonferenzen
hierzu: Umdruck 14/1010

M Steinbrück führt einleitend aus, belastbare Zahlen zum Ausbildungsstellenmarkt werde man wahrscheinlich erst Mitte bis Ende Oktober zur Verfügung haben. Die jetzigen Zahlen belegten, daß Schleswig-Holstein bezüglich des Ausbildungsstellenmarktes noch keine Entwarnung geben könne. Aber im Vergleich zu allen anderen Bundesländern könne sich Schleswig-Holstein sehen lassen. Die hier in Angriff genommenen Maßnahmen hätten Erfolge gezeitigt. Es gebe im Land einen marginalen Anstieg bei der Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen - anders als im Durchschnitt der anderen Bundesländer. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung habe man jedoch - wie alle anderen Bundesländer auch - einen deutlichen Anstieg bei der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber. Im Augenblick gebe es 19.980 gemeldete Berufsausbildungsstellen und 19.810 Bewerberinnen und Bewerber. Entscheidend für den Erfolg des Bündnisses für Ausbildung Ö97 werde letztlich sein, wie viele Ausbildungsverträge es tatsächlich gegeben haben werde. M Steinbrück fährt fort, im Verhältnis zum Vorjahr seien seit Ende März 1.200 zusätzliche Stellen in Schleswig-Holstein gemeldet worden.

M Steinbrück geht im folgenden auf der Grundlage des Umdruckes 14/1010 auf die im Rahmen des Bündnisses durchgeführten Regionalkonferenzen, die dort geführten Diskussionen und die dabei angesprochenen Problemfelder ein.

Die Ausschußmitglieder bitten M Steinbrück um eine Fortführung dieser Berichterstattung dann, wenn die Zahlen zur Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Schleswig-Holstein eine abschließende Aussage über die Situation zulassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Jahreswirtschaftsbericht 1996

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/555
(überwiesen am 14. März 1997 zur abschließenden Beratung)

Einige der Fragen von Abg. Schmitz-Hübsch zum Jahreswirtschaftsbericht sollen von den Vertretern des MWTV gegebenenfalls schriftlich beantwortet werden:

S. 19:

Welche Projekte sind im Rahmen der betrieblichen Technologieförderung im Berichtsjahr mit Fördermitteln bezuschußt worden?

S. 23:

Gibt es eine Evaluierung der Arbeit der Beratungsstellen, die Ziele der regionalen Wirtschaftsförderung mit denen der Frauenförderung verknüpfen sollen? Wenn ja, was leisten diese Beratungsstellen, wie viele Gespräche wurden vermittelt?

S. 25:

Liegt die für Frühjahr 1997 in Aussicht gestellte Bilanz über die Erfolge von Delegationsreisen ins Ausland bereits vor? Wenn ja, bittet Abg. Schmitz-Hübsch um Übermittlung an den Wirtschaftsausschuß. - M Steinbrück führt hierzu aus, daß diese Bilanz intern vorliege.

S. 35:

Liegt für das Verkehrsprojekt "Feste Elbquerung" bereits die verkehrswirtschaftliche Untersuchung vor? Wenn ja, wann kann sie dem Wirtschaftsausschuß zur Kenntnis gebracht werden? - M Steinbrück erklärt, daß die Ergebnisse dieser Untersuchung im vierten Quartal dieses Jahres vorgelegt würden. Sobald das Papier vorliegen werde, werde es dem Wirtschaftsausschuß ohne weitere Aufforderung zugeleitet werden.

S. 37:

Wie steht es mit den Überlegungen zum Verkauf von Anteilen an der Flughafen Hamburg GmbH? Welche Erlöse werden erwartet? Wer kauft? - M Steinbrück erklärt, das Verfahren laufe und werde sich noch eine Zeit hinziehen. Auch zu der Frage, ob ein Börsengang geplant sei oder ein Verkauf außerhalb der Börse, könne im Augenblick nicht beantwortet werden. - Auf die weitere Frage von Abg. Schmitz-Hübsch, ob es aufgrund dieser Sachlage

ausgeschlossen sei, daß noch in diesem Jahr Erlöse flößen, erklärt M Steinbrück weiter, daß er angesichts des augenblicklichen Verfahrensstandes auch das nicht ausschließen könne.

Abg. Hars fragt nach einem Leitfaden für Existenzgründerinnen und -gründer. Sollte dieser vorliegen, möchte sie wissen, wo diese Unterlage erhältlich sei, und an welche Stellen sich junge Menschen wenden müßten, die sich mit dem Gedanken trügen, eine Existenz zu gründen. - M Steinbrück verweist hierzu auf inzwischen vorliegende detaillierte Papiere und erklärt im weiteren, daß sich Existenzgründerinnen und -gründer an die Kammern, an das Wirtschaftsministerium, an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, an die Investitionsbank wenden könnten. - Er sagt zu, den Ausschußmitgliedern jeweils ein Exemplar des Existenzgründungs-Leitfadens übermitteln zu lassen.

S. 36:

Abg. Hars möchte wissen, ob es es sich bei den für die an der Westküste und an der Unterelbe gelegenen landeseigenen Häfen investierten rund 8 Millionen DM auch um Mittel der EU handele. - M Steinbrück erwidert, diese Summe setze sich allein aus GA-Mitteln zusammen.

Der Ausschuß erklärt seine Beratungen über die Drucksache 14/555 sodann für abgeschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**19. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 14/600

(überwiesen am 24. April 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und alle
übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Nach kurzer Erörterung der Nummern 4.6 - Wirtschaft, Technik und Verkehr - und 7 - Neue Medien und Informationstechniken - erklärt der Ausschuß die Beratungen über die Drucksache 14/600 für abgeschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG)

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/776

(überwiesen am 12. Juni 1997 an den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung)

MR Schlachter berichtet zum aktuellen Stand, daß sich die Tarifpartner im Juli darauf verständigt hätten, den Mindestlohn für Westdeutschland auf 16 DM und für Ostdeutschland auf 15,14 DM festzulegen. Diese Vereinbarung gelte für tarifungebundene Unternehmen, und zwar insbesondere für solche, die ausländische Arbeitnehmer einstellen wollten. Die tarifgebundenen Unternehmen seien selbstverständlich durch den normalen Tarifvertrag gebunden.

Ohne weitere vertiefte Aussprache erklären die Ausschußmitglieder die Beratung der Drucksache 14/776 für abgeschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verlegung der Autoverladeanlage von Niebüll nach Klanxbüll

Abg. Schmitz-Hübsch erklärt, man habe den Zeitungen entnehmen müssen, daß im Einvernehmen mit der Landesregierung die Autoverladung von Niebüll nach Klanxbüll verlegt werden solle. Sie fragt, ob diese Zeitungsmeldungen zuträfen, und sie möchte wissen, was man sich davon verspreche und wie vor allen Dingen die Zuführung der Autoverkehre nach Klanxbüll gelöst werden solle, oder ob es andere Lösungen gebe, um den Engpaß über den Damm nach Westerland zu beseitigen.

M Steinbrück erwidert, das Ministerium sei vor zwei Tagen erstmals darüber ausführlich in Kenntnis gesetzt worden. Leider sei dies im Umgang mit der DB AG keine neue Erfahrung. Andererseits mache man häufig gemeinsam mit der DB AG die Erfahrung, daß sich in der Presse Berichterstattungen niederschlugen, die mit den laufenden Planungen oder auch frühen Planungen nichts zu tun hätten. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß sein Haus erst vor zwei Tagen mit dieser Frage offiziell befaßt worden sei, könne er auch noch keine Bewertung zu dem Sachverhalt abgeben, zumal man auch überhaupt noch nicht dazu gekommen sei, Gespräche mit den betroffenen Kommunen zu führen. Es bedürfe mithin noch eines gewissen Zeitraumes, der dazu genutzt werde, sich mit der DB AG in Verbindung zu setzen. Einiges von dem, was die DB AG diesbezüglich mache, sei durchaus nachvollziehbar, aber selbstverständlich seien auch noch Alternativlösungen zu erörtern.

Abg. Schmitz-Hübsch zeigt sich erstaunt darüber, daß der MWTV erst vor zwei Tagen über die diesbezüglichen Planungen in Kenntnis gesetzt worden sei, während die Ministerpräsidentin in einem Schreiben unter dem 29. April an den Magistrat der Stadt Niebüll sehr detailliert zu dem Problem Stellung genommen habe. - M Steinbrück betont noch einmal, daß sein Haus vor zwei Tagen von den Planungen der DB AG informiert worden sei; man habe einen mündlichen Bericht von der DB AG, untermauert durch einige Zeichnungen, erhalten. Das schließe nicht aus, daß die Ministerpräsidentin schon vor einigen Wochen auf dem damaligen Kenntnisstand auf eine Eingabe reagiert habe. Aber das, was jetzt auch in den Zeitungen in dieser Detailschärfe bezüglich Klanxbüll in den Zeitungen stehe, sei vor zwei Tagen an die Landesregierung herangetragen worden. Sobald das Verkehrsministerium von der DB AG mehr als nur mündliche Ausführungen vorliegen habe, werde man der DB AG deutlich machen, daß sie auf diesem Planungsstand selber die zuständigen Kommunen zu informieren habe. Wann genau das sein werde, könne heute nicht gesagt werden. Er, M Steinbrück, werde aber erneut die DB AG darauf hinweisen - Anlaß dazu habe es in der Vergangenheit schon

öfter gegeben -, daß ihre Informationspolitik mit dafür verantwortlich sei, wenn es zu Widerständen gegen ihre Planungen komme.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/562

hierzu: Umdrucke 14/754, 14/787, 14/1013

(überwiesen am 12. März 1997 an den Wirtschaftsausschuß
und den Finanzausschuß)

Der Ausschuß bestätigt das bereits von ihm abgegebene Votum, dem Plenum des Landtages vorzuschlagen, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Bericht über technische Consulting-Leistungen von im öffentlichen
Besitz befindlichen Unternehmen privaten und öffentlichen Rechts**

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/789

hierzu: Umdruck 14/987

(überwiesen am 12. Juni 1997 an den Wirtschaftsausschuß und den Innen-
und Rechtsausschuß)

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, teilt den Ausschußmitgliedern mit, daß der beteiligte Innen- und Rechtsausschuß die Diskussion über die Vorlage im Zusammenhang mit dem Komplex "Liegenschaftsverwaltung" führen wolle und deshalb in seiner Sitzung am 13. August die weitere Beratung insoweit zurückgestellt habe.

Nach einer zum Teil sehr kontrovers geführten Aussprache über das Procedere der Behandlung dieses Antrages der Fraktion der CDU beschließt der Ausschuß einstimmig, dem Landtag mit der Maßgabe, daß die Wörter "15. Tagung" in "18. Tagung" geändert werden, die Annahme der Drucksache 14/789 zu empfehlen. Der Bericht und die Beschlußempfehlung des federführenden Wirtschaftsausschusses sollen - so die einhellige Auffassung des Ausschusses - ohne weitere Mitbeteiligung des Innen- und Rechtsausschusses in der nächsten Tagung des Landtages am 27./28. August d. J. behandelt werden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Änderung der Landesverordnung über das Naturschutzgebiet
"Elbinsel Pagensand"**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/814

(überwiesen am 13. Juni 1997 an den Umweltausschuß, den Innen- und
Rechtsausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Nachdem bereits der beteiligte Innen- und Rechtsausschuß die Beratung über die Vorlage bis zum Vorliegen einer Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes zurückgestellt hat, soll auch im Wirtschaftsausschuß die Vorlage erst dann behandelt werden, wenn dieses Papier vorliegen wird.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Mit Umdruck 14/973 liegt dem Wirtschaftsausschuß eine Bitte des Schleswig-Holsteinischen Blindenvereins vor, dem Ausschuß einmal die besonderen Probleme blinder Menschen mit Verkehrsanlagen und anderen verkehrstechnisch bedingten Regelungen vortragen zu können. - Die Ausschußmitglieder kommen einmütig überein, diesem Wunsch des Blindenvereins nachzukommen. Dem Verband sollen von der Geschäftsführung Terminvorschläge unterbreitet werden.

Auf Vorschlag von Abg. Dr. Hinz wird der Ausschuß zu gegebener Zeit auch einmal den Straßenbedarfsplan beraten. M Steinbrück erklärt, er werde den Ausschuß unterrichten, sobald dieser Plan vorliege; er gehe dabei von einem Zeitpunkt nach den Herbstferien aus.

Abg. Hars kommt auf ihren schon mehrmals vorgetragenen Wunsch zurück, eine Auflistung der Fahrradwege zu bekommen, für die die Kommunen innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Unterstützung seitens des Landes erhalten sollen. - Der MWTV sagt eine umgehende Auskunft hierüber zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführer